



Landesbezirk NRW

Fachbereich  
Bund / Länder



# Stellungnahme

zum

Entwurf des

Landeshaushaltes NRW 2004/05

hier: Personalhaushalt

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
13. WAHLPERIODE

ZUSCHRIFT

13/ 3374

A06



## **Verdi- Stellungnahme zum Landeshaushalt NRW 2004/05**

Die Landesregierung kann Zustimmung für ihren Haushaltsentwurf – wenn überhaupt – nur von den Vertretern der Wirtschaft erwarten.

Eine Gewerkschaft, die die Interessen der Beschäftigten zu vertreten hat, kann diesen Doppelhaushalt nur ablehnen. Die Liste der Zumutbarkeiten wird jährlich länger und erreicht mit dem jetzt vorgelegten Entwurf seinen vorläufigen negativen Höhepunkt.:

- Die Landesregierung will innerhalb von einer Amtszeit **32.600** Arbeitsplätze kw stellen, d.h. abbauen. Der Arbeitgeber „Land“ ist schon jetzt der größte Arbeitsplatzvernichter in NRW, denn im Vergleich zu 1998 arbeiten heute über **27.000** Menschen weniger bei Landesdienststellen.
- Die Landesregierung baut in 5 Jahren (seit 1998) **7200** Ausbildungsplätze ab. Eine wahrlich meisterliche Leistung. Allein im Doppelhaushalt ist der weitere Abbau von **3.366** Stellenangeboten für junge Menschen geplant.
- Die Landesregierung erhöht die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf 41 Stunden. Damit erfolgt umgerechnet eine Besoldungskürzung von 6,5%.
- Die Lebensarbeitszeit für besonders belastete Berufsgruppen wie Polizei und Justizvollzug wird auf 62 Jahre heraufgesetzt.
- Die Landesregierung hat entschieden, das Urlaubsgeld für die Beamtinnen und Beamten zu streichen. Gleichzeitig soll das Weihnachtsgeld (Jahressonderzahlung) erheblich gekürzt werden. Umgangssprachlich nennt man das Lohnraub.

Die Tatsache, dass die Bundesregierung mit ihrer „modernen“ Sozialpolitik die gleichen Arbeitnehmergruppen belastet, bedeutet, dass höchst einseitig den abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen in die Geldbeutel gegriffen wird, um die maroden Haushalte zu finanzieren.

**Die Landesregierung ist sich mit der Vorlage des Doppelhaushaltes 2004/05 nicht nur in ihrer Tendenz treu geblieben, sondern hat ihren rigorosen Umverteilungskurs noch verschärft. Wohlwissend, dass es dazu sehr wohl Alternativen gibt, wird der Kommentar, dieser Landeshaushalt sei alternativlos zur schlichten Propaganda.**

Die Beschäftigten werden besonders belastet:

Die Landesministerien verschärfen die seit Jahren schon praktizierte und von verdi kritisierte Realisierung von kw-Vermerken. Dazu hat ver.di zu den Haushalten 2001, 2002 und 2003 ausführlich Stellung genommen. Offensichtlich führt die Wiederholung richtiger Argumente bei den verantwortlichen Politikern nicht zur erforderlichen Einsicht. Damit es nicht einmal zuwenig gesagt wurde, hier noch einmal die wichtigste Zusammenfassung: **Arbeitsverdichtung und Perspektivlosigkeit in der beruflichen Entwicklung demotivieren Beschäftigte. Karriereverzögerung und Kürzung von Einkommen verschlimmern im Zusammenhang mit Arbeitszeitverlängerung die Gesamtstimmungslage.**

Dagegen helfen alle Appelle aus dem Bericht der Regierungskommission zur Zukunft des Öffentlichen Dienstes nicht. Die von Herrn Bull diagnostizierten Defizite (Stichworte: Mißtrauenskultur, Führungsschwäche, Motivationsprobleme etc.) werden verstärkt statt verbessert.

Wenn gleichzeitig leistungsgerechte Einkommenselemente eingeführt werden sollen, und dabei mit der Unterstellung gearbeitet wird, die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes benötigen zur Abrufung ihrer ganzen Leistungskraft das Zuckerbrot der materiellen Leistungsbelohnung und die Bestrafung einer Einkommensminderung, dann trägt dies zur Verstärkung und nicht zur Behebung von Glaubwürdigkeitslücken bei.

Die berufliche Situation vieler Beschäftigter wird immer unbefriedigender. Durch faktische Abschaffung von Altersteilzeit- und 58er-Regelungen werden nicht nur die Handlungsoptionen älterer Beschäftigter minimiert, sondern auch die Perspektiven Jüngerer schlechter. Die Übernahmesituation nach der Ausbildung wird immer miserabler. Insbesondere in den Landesbetrieben und dem Justizbereich wird die Wahrnehmung der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers Land zur Tragikomik. Ausbildungsplätze von den Unternehmen fordern, selbst aber immer weniger zur Verfügung zu stellen und dann noch nicht übernehmen, das passt einfach nicht zusammen.

Beförderungs- und Höhergruppierungs- und Wiederbesetzungshürden torpedieren jedes noch so gut gemeinte Personalentwicklungskonzept. Die wohlfeilen Maßnahmen zur Binnenmodernisierung erzeugen bei den Kantinengesprächen der Beschäftigten nur noch zynische Bemerkungen. Da helfen auch persönliche Briefe des Ministerpräsidenten nicht weiter.

Es gibt sie doch: Die Alternative:

Verdi - Alternativen beziehen sich selbstverständlich nicht allein auf den Personalhaushalt, denn dies hieße, diesen nur unter einer Käseglocke zu besehen. Der Personalhaushalt ist Teil des Gesamthaushalts, dieser wiederum ist Teil der Gesamtpolitik. Wer eine Stellungnahme auf den Personalhaushalt reduziert, macht den gleichen Fehler den sich mittlerweile alle diejenigen Experten erlauben, die den gesamtgesellschaftlichen Blick verloren haben bzw. diesen bewußt ausklammern

Dieser Doppelhaushalt greift in fast alle Sphären sozialpolitischer Errungenschaften negativ ein. Kein Wunder also, wenn aus allen gesellschaftlichen Schichten dazu massive Kritik formuliert wird. Da gleichzeitig steuerpolitische Fehlentscheidungen, die die Großunternehmen und Vermögenden entlasten, nicht zurückgenommen werden, betreibt die Landesregierung ihren rigorosen Umverteilungskurs in Milliarden dimensionen rigoros weiter. Das Land kann sehr wohl das notwendige Geld zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben beschaffen, wenn es dort ansetzte, wo das Geld massenhaft vorhanden ist: bei den Einkommensmillionären und Großunternehmen, deren Anteil am Gesamtsteueraufkommen seit Jahren sinkt.

- Wir fordern Gewinne und Vermögen stärker zu besteuern.
- Wir fordern Wirtschaftskriminalität wirksam zu bekämpfen.
- Wir fordern mehr Betriebsprüfer auszubilden und einzusetzen.
- Wir fordern die Steuerfahndung zu verbessern.

Wer, wie die Landesregierung auf alle diese Forderungen nicht reagiert, will nicht wirklich die Staatsfinanzen verbessern und Steuergerechtigkeit herbeiführen. Eine reformierte Vermögenssteuer in Höhe von nur 1% (Freibetrag 500.000 Euro) könnte zu Mehreinnahmen von ca. 16 Mrd. Euro bundesweit führen und damit das NRW-Defizit allein ausgleichen. Würde gleichzeitig die Erbschaftssteuer auf große Erbschaften (Freibetrag 500.000 Euro) durch Marktwertberechnung von Immobilien- und Grundvermögen eingeführt, hätte auch das Land NRW eine nicht unerhebliche Einnahmequelle ausgeschöpft, die viele der heutigen Rotstiftvorschläge überflüssig machte.

Ein Haushalt ist sanierbar durch

- a) Einnahmenerhöhung
- b) Ausgabenkürzung

Die intelligentere Variante ist unserer Meinung nach die Variante a).

Auf die Variante b) hat sich die Landesregierung bei der Aufstellung des Haushaltes für 2004/2005 ausschließlich konzentriert.

Es ist bekannt, dass das Land NRW nur beschränkt Einfluss hat auf die Möglichkeiten, die Steuereinnahmen durch die Steuergesetzgebung zu erhöhen.

Aber sie kann im Vollzug der Steuergesetze dafür sorgen, dass mindestens die Steuern erhoben werden, wie sie in den Steuergesetzen normiert sind.

Auf diese Möglichkeit verzichtet das Land NRW jedoch, indem es der Steuerverwaltung das für eine ordnungsgemäße Steuerfestsetzung und Steuererhebung erforderliche Personal vorenthält.

Die Kosten-/Ertrags-Relation der Steuerverwaltung liegt bei ca. 98,5 %. Das heißt konkret: um 1.000 Euro Steuern einzunehmen, muss das Land 13,60 Euro an Kosten aufwenden.

Jeder Beschäftigte in der Außenprüfung „erwirtschaftet“ im Durchschnitt ein Vielfaches dessen, was er dem Land an Personalkosten verursacht. Er trägt mit den von ihm erzielten Mehrergebnissen bei Betriebsprüfungen, Umsatzsteuersonderprüfungen oder Lohnsteuer-Außenprüfungen dazu bei das Haushaltsdefizit des Landes abzubauen.

Gleichwohl verzichtet NRW seit Jahren darauf, die Außenprüfung personell aufzustocken. Im Gegenteil, durch den forcierten Abbau von kw-Vermerken wird darüber hinaus auch der Innendienst in den Finanzämtern personell ausgeblutet.

Die Folgen dieser Politik sind Steuerausfälle in Milliardenhöhe.

Im Folgenden wird an einigen Beispielen konkret aufgezeigt, welche Auswirkungen der Personalabbau in der Steuerverwaltung auf die Steuereinnahmen hat.

### **Personalabbau ist Einladung zur Steuerhinterziehung.**

In der sog. „Schattenwirtschaft“ werden nach seriösen Untersuchungen jährlich etwa 300 Milliarden Euro erwirtschaftet.

Im Gaststättenbereich werden nach Erkenntnissen der Arbeitsämter in NRW etwa 30 v.H. der Arbeitnehmer „schwarz“ beschäftigt.

Im Jahr 2002 wurden durch die Arbeitsämter und die Zollverwaltung bundesweit über 300.000 Verfahren wegen illegaler Beschäftigung eingeleitet

Diese Aufzählung macht deutlich:

Der Schaden, der durch die sog. „Schattenwirtschaft“ entsteht, ist enorm, weil durch jede Form der „Schattenwirtschaft“ Steuern und Sozialabgaben hinterzogen werden.

Das Land Nordrhein-Westfalen bräuchte sich, wenn nur die Schattenwirtschaft in Ansätzen konsequent bekämpft würde, keine Sorgen um einen ausgeglichenen Landeshaushalt für 2004 zu machen. Es gäbe kein Haushaltsdefizit und es wären alle

die einschneidenden Sparmaßnahmen im Sozialbereich und auch im Personalbereich des Landes - die zu Recht den Protest und den Widerstand der Bevölkerung und der Beschäftigten des Landes und der Gemeinden hervorrufen - überflüssig.

Bekämpfung der Schattenwirtschaft setzt zwar nicht nur - aber auch - eine funktionierende Steuerverwaltung voraus, die in der Lage ist, effektiv und wirksam gegen Steuerhinterzieher vorzugehen.

Ver.di begrüßt ausdrücklich den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und die darin vorgesehenen neuen Straftatbestände sowie auch die **Erhöhung des in diesem Bereich eingesetzten Personals**.

Das Land NRW geht jedoch bei der eigenen Steuerverwaltung den umgekehrten Weg.

**Statt der Steuerverwaltung Personal zuzuführen, wird das Personal weiterhin konsequent abgebaut.** Fast 2000 Kw-Vermerke - ohne Einrechnung der durch eine Arbeitszeiterhöhung der Beamten rechnerisch noch hinzukommenden Personalreduzierungen - zeigen, dass NRW geradezu zur Steuerhinterziehung einlädt.

**Unzureichende Personalausstattung des Innendienstes führt zu Steuerausfällen.**

Wie unzureichend schon jetzt die Personalausstattung in den Finanzämtern des Landes NRW ist, zeigt sich sehr deutlich daran, dass im Finanzministerium daran gearbeitet wird, auch im Bereich der Veranlagung von Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen durch Einführung eines sog. „Risiko-Management“ über die Hälfte aller Steuererklärungen nicht mehr zu überprüfen, sondern die Steuerfestsetzungen anhand der Angaben in den Steuererklärungen ungeprüft zu übernehmen.

Diese Arbeitsweise programmiert Steuerausfälle in Milliardenhöhe.

Unsere Einschätzung über die Steuerausfälle wird im Übrigen auch durch Untersuchungen von Landesrechnungshöfen bestätigt. Als Beispiel sei hier nur auf den Landesrechnungshof Baden-Württemberg verwiesen. Den Bericht des LRH Baden-Württemberg stellen wir gerne zur Verfügung.

Hinzu kommt, dass die dem Parlament zugesagte Aufstockung der Betriebsprüfungsdienste auf 3.555 Prüfer im Jahr 2005 in den nächsten 1 ½ Jahren den Innendienst um über 300 Arbeitskräfte zusätzlich vermindern wird.

**Keine Prüfung der Einkommensmillionäre**

In seiner Presseerklärung vom 14.8. 2003 hat Finanzminister Dieckmann u.a. noch folgendes ausgeführt

**„In den letzten Jahren hat die Finanzverwaltung verstärkt den Einkunftsmillionären auf die Finger geschaut. Das ist eine lohnende Zielgruppe. Bei 267 bis Ende Juli 2003 abgeschlossenen Prüfungen konnte in diesem Jahr ein Mehrere-**

**gebnis von über 32 Millionen Euro (120.000 Euro je geprüftem Fall ) erzielt werden. Nur in 21 Fällen blieben die Prüfungen ohne Mehrergebnis“.**

Aufgrund der Personalsituation in der Betriebsprüfung gilt dies wohl zwischenzeitlich nicht mehr. Bis zum Jahre 2003 galt in der Finanzverwaltung als Einkommensmillionär jemand, der mehr als 1.000.000 DM an Einkommen versteuerte. Der Personalabbau hat dazu geführt, das bei der Definition des Einkommensmillionärs schlicht eine **Umrechnung von 1 : 1 erfolgte** und somit eine große Zahl von Spitzenverdienern nicht mehr geprüft wird. Jetzt ist Einkommensmillionär nur noch, wer mehr als 1.000.000 Euro versteuert.

Das ist eine wahrhaft fürsorgliche Politik.

### **Zusätzliche Aufgaben mit weniger Personal**

Es ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren - teilweise wohl schon ab dem Jahr 2004 - zusätzliche Arbeitsaufgaben auf die Finanzämter zukommen werden.

Beispiele:

#### **1. Gemeindefinanzreform**

Sollte die Gemeindefinanzreform in 2004 in Kraft treten, ist mit zusätzlichen Aufgaben in den Finanzämtern zu rechnen (Einbeziehung von Freiberuflern in die Gewerbesteuerpflicht - Festsetzung von Vorauszahlungen zum 10.3.2004)

#### **2. Neuordnung der Rentenbesteuerung ab 2005**

Die Neuordnung wird dazu führen, dass zum einen eine erhebliche Zahl bisher nicht steuerpflichtiger Rentner in die Besteuerung hineinwachsen wird und damit die Fallzahlen bei der Veranlagung ansteigen. Spiegelbildlich wird eine Vielzahl von Arbeitnehmern erstmalig eine Veranlagung beantragen, um die Beiträge zu Renten- und Lebensversicherungen steuermindernd geltend zu machen.

#### **3. Neuregelungen bei der Erbschaftsteuer**

Es ist davon auszugehen, dass das Bundesverfassungsgericht die Erhebung der Erbschaftsteuer in der bisherigen Form wegen der Ungleichbehandlung zwischen Grundvermögen und den anderen Vermögensgegenständen (insbesondere des Kapitalvermögens) für verfassungswidrig erklären wird. Für die Reparatur des Erbschaftsteuergesetzes wird im Verwaltungsvollzug ein erheblicher Personalbedarf in den Erbschaftsteuerstellen und den Bewertungsstellen der Finanzämter entstehen.

#### **4. Umsatzsteuer-Nachschau**

Seit Anfang 2002 ist im Steuergesetz die sog. „Umsatzsteuernachschau“ verankert. Damit soll von der Idee her ein Beitrag zur Verhinderung der Betrügereien bei der Umsatzsteuer (Erschleichung von Vorsteuerabzugsbeträgen) geleistet werden.

Für diese sinnvolle und effektive Maßnahme wurden bisher keine zusätzlichen Stellen bereitgestellt.



Soweit die Finanzämter von dieser Regelung Gebrauch machen, geht dies zu Lasten anderer Aufgaben mit der Konsequenz, dass dort, wo Aufgaben vernachlässigt werden, Steuermindereinnahmen die Folge sind.

Angesicht der personellen Situation in den Finanzämtern fordern wir daher:

1. **Den Verzicht auf die Realisierung der für 2004 und folgende Jahre ausgebrachten kw-Vermerke.**
2. **Die Aufstockung der Einstellungsermächtigungen für Finanzanwärter auf 600 Stellen für die Jahre 2004 und 2005.**
3. **Die Bereitstellung zusätzlicher Angestelltenstellen, um kurzfristig und rasch die größten Lücken beim Personal zu beheben. Diese Stellen könnten zum Beispiel kurzfristig mit ausgebildeten Steuerfachangestellten besetzt werden.**

Ein Beispiel muss genügen:

Ver.di verzichtet angesichts der Globalangriffe auf die Beschäftigten auf ausführliche Stellungnahmen zu den Einzelhaushalten. Nur beispielhaft soll das **Sondervermögen Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) / Liegenschaftsvermögen** Erwähnung finden

Schon in der Schätzung der Einnahmen des FM in Kapitel 12 700 zeigt sich, dass der Landshaushalt hohe Rückflüsse durch den BLB NRW erwartet. Von 25,6 Mio. € in 2002 sollen sie bis zum Jahr 2005 auf über 266 Mio. € steigen, also in vier Jahren um mehr als das Zehnfache. Dies spiegelt sich im Finanzplan 2004/2005 des BLB NRW wider, wonach die Veräußerungen nach einem Ansatz von 25 Mio. € in 2002 über 139 Mio. € in 2004 dann noch einmal in 2005 220 Mio. € bringen sollen.

Hier zeigt sich, dass in Zeiten knapper Kassen der BLB NRW seinem eigentlichen Gründungszweck, die Kassen des Landes aufzubessern, schneller als je geplant gerecht werden muss.

Es bleibt jedoch die Weisheit, dass die Kuh, die man melken will als Voraussetzung Futter benötigt.

Im Gegensatz hierzu verhält es sich jedoch mit dem geplanten Personalbestand.

36 Abgänge in 2004 und weitere 27 in 2005 bei den Planstellen der Beamten, dazu noch insgesamt 278 Stellen der Angestellten bis 2005. Die Realisierung ist bei einem Altersdurchschnitt von ca. 49 Jahren erkennbar. Dabei hat der BLB NRW schon genug zum Stellenabbau beigetragen, obwohl dies selten erkannt, geschweige denn

honoriert wird. Der BLB NRW hat seit seiner Gründung das Kunden- und Objektmanagement und eine Finanzbuchhaltung aufgebaut, in 2003 das Gebäudemanagement eingeführt und mit Personal bestückt. Er soll ab dem 01. Januar 2004 das Vertragsmanagement übernehmen. Quasi „nebenbei“ wurde SAP eingeführt, eine gewaltige Anstrengung für alle Beteiligten. Zum Dank blieben die Beurteilungen der Beamten zur Schlussbeurteilung monatelang in der Zentrale liegen und wurden radikal der Quote unterworfen mit der Folge, dass kaum Beförderungen zu verzeichnen waren. Im Tarifbereich galt der Grundsatz gedeckelter Personalkosten mit gleichem Resultat. Die Deckelung machte erstmals im Frühjahr 2003 deutlich, dass Konfliktsituationen zwischen einzelnen Personalmaßnahmen entstehen. Entweder konnten Höhergruppierungen vorgenommen oder Teilzeitkräften die Stundenanteile erhöht oder Auszubildenden nach bestandener Prüfung halbjährige Weiterbeschäftigungsverhältnisse angeboten werden. Diese Situation hat sich als unerträglich für Personalentscheider und Personalräte erwiesen. Sie darf sich nicht wiederholen.

Trotz der tariflichen und beamtenrechtlichen Erhöhungen in 2003 und absehbar in 2004 wird dieser Deckel der Personalaufwendungen im kommenden Jahr lt. Wirtschaftsplan, im Gegensatz zu den Beteuerungen gegenüber den Beschäftigten, weiter heruntergedrückt.

Die Personalkostendeckelung wird weder der durch den BLB NRW zu erledigenden Aufgaben noch der personellen Ausstattung gerecht. Sowohl in der Zentrale als auch in allen Niederlassungen werden eine immense, fast täglich wachsende Anzahl externer Berater, mit Tagessätzen von rund 1.500 €, tätig. Zudem wird eine nicht unerhebliche Anzahl von Leiharbeitskräften als gekaufte Leistung von der Telekom oder der Lufthansa AG in den Niederlassungen beschäftigt. Da sowohl die Berater wie auch die Leiharbeitskräfte aus dem Sachhaushalt bezahlt werden, ist der gedeckelte Personalhaushalt lediglich eine Verschleierung des tatsächliche Personalbedarfs und der Kosten.

Wir fordern die Landesregierung auf, das Budget für Personalaufwendungen den Tarifabschlüssen und den Besoldungsanpassungen anzugleichen, statt mit Personalverringerung gegenzurechnen. Wir fordern weiter, dass Auszubildende nach der Abschlussprüfung für ein Jahr übernommen werden, und zwar ohne dass eine Konfliktsituation zu anderen Personalmaßnahmen entsteht. Die Vorbildfunktion des Landes ist hier gefragt, nicht das Herbeiführen einer Ausbildungsplatzabgabe durch den BLB NRW.

Längst hat sich der BLB NRW umgestellt und bildet neben der Tradition im Zeichnerberuf in der IT-Technik aus. Neue Ausbildungsmöglichkeiten im kaufmännischen, immobilienpezifischen Bereich sind verstärkt anzubieten. Voraussetzung dafür ist, dass der BLB seine eigenen Beschäftigten für Qualifikation, Zertifikat und Ausbildung von anderen Aufgaben in entsprechendem Umfang freistellt. Dies ist nur leistbar,

wenn für den BLB NRW das Dogma Personalabbau und Personalkostendeckelung im Sinne eines am Markt herangeführten Betriebes aufgegeben wird.

Der BLB ist dank der Kraftanstrengungen aller Beschäftigten in diesem Betrieb auf einem guten Weg. Das muss honoriert werden. Ein gerade im Entwurf befindliches Personalentwicklungskonzept nutzt da gar nichts, wenn dadurch nur Kräfte gebunden werden und am Ende für die Beschäftigten und damit dem Betrieb nichts herauskommt. Noch ist Zeit, die letzte Chance zu nutzen und das Engagement, das Wissen und die Flexibilität der Beschäftigten dieses Betriebes sinnvoll einzusetzen. Mit den dogmatischen Ansätzen im Personalbereich des Haushaltes 2004-2005 wird dies Chance ein für allemal vertan.

### **Zusammenfassung:**

Wir brauchen ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit, Bildung und Umwelt. Die wesentlichen Ursachen der heutigen Finanzmisere liegen in der hohen und dauerhaften Massenarbeitslosigkeit und deren Folgekosten. Wer diese nicht ernsthaft durch Schaffung neuer Arbeitsplätze bekämpft, wird die sozialen Sicherungssysteme gefährden. Die Landesregierung hat nicht den Mut, antizyklische Politik auf den Weg zu geben. Statt dessen verliert sie sich in schlechte Kopien konservativer Landesregierungen.

Unisono blicken alle verantwortlichen Landesregierungen unabhängig ihrer politischen Heimat einseitig auf die Ausgabenposten und verzichten bewusst auf die Verbesserung möglicher Einnahmen.

Deshalb lehnt ver.di den Haushalt konsequent ab. Einnahmen verbessern statt Ausgaben zu kürzen heißt die notwendige Devise.

Gregor Falkenhain  
ver.di Landesbezirk NRW  
Landesfachbereichsleiter Bund Länder